

### **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung (Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz)**

#### **I. Zusammenfassung**

- Der Referentenentwurf soll die Versprechen des Koalitionsvertrages umsetzen, jedoch bleibt das Problem einer langfristig finanziell tragfähigen Alterssicherung ungeklärt. Somit verpasst der Entwurf erneut die Chance, die Finanzierung der Rentenversicherung auf eine stabile Grundlage zu stellen. Stattdessen werden Beitrags- und Steuerzahler bis 2040 mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 300 Mrd. Euro belastet. Bis Mitte der 2040er Jahre oder eine Generation kostet das Gesetz sogar über 500 Mrd. Euro.
- Trotz der demografischen Entwicklung enthält auch der aktuelle Entwurf fast vollständig Maßnahmen zugunsten der Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger. Dies steht nicht im Einklang mit einem austarierten Generationenvertrag. Es zeigt sich deutlich, dass seit Jahren Rentenpolitik einseitig zugunsten der älteren Bevölkerungsgruppe gemacht wird.
- Eine Haltelinie beim Rentenniveau setzt wichtige korrigierende Faktoren, wie den Nachhaltigkeits- und Nachholfaktor, außer Kraft.
- Die Befristung der Haltelinie bis 2039 ist zweifelhaft. Die heutigen Rahmenbedingungen werden sich bis zum Befristungsdatum nicht ändern. Es gibt keine ernsthaften Anzeichen dafür, dass sich die Bevölkerungsstruktur in Zukunft zugunsten der Rentenversicherung verändert und der Druck, der auf dem Umlagesystem lastet, nachlässt. Die zahlreichen Reformvorschläge, die darauf abzielen, die Finanzierung der Rentenversicherung zu entlasten, stellen aus Sicht des Gesetzgebers keine Alternative zur Niveauschutzklausel dar.
- Das Generationenkapital ist in der vorgesehenen Ausgestaltung nicht geeignet, die zusätzliche Beitragslast in der gesetzlichen Rentenversicherung effektiv aufzufangen.
- Ein generationengerechtes und nachhaltiges Rentenkonzept würde mehr Anreize für längere Beschäftigung und weniger Anreize für eine vorgezogene Altersrente schaffen. Hieran fehlt es in dem Entwurf vollkommen.
- Dringender denn je ist ein ganzheitliches Reformkonzept, das die beitragssteigende Entwicklung in allen Zweigen der Sozialversicherung in den Blick nimmt mit dem Ziel, den Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz auf 40 Prozent zu begrenzen.

#### **II. Im Einzelnen**

Der Referentenentwurf des Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetzes enthält folgende wesentliche Regelungen:

- Festschreiben des Mindestrentenniveaus bei 48 Prozent über das Jahr 2025 hinaus bis zunächst einschließlich Juli 2039.
- Errichtung der Stiftung „Generationenkapital“, die aus den Erträgen des Stiftungsvermögens einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 10 Mrd. Euro jährlich ab 2036 an die Rentenversicherung leisten soll. Um den Beitrag leisten zu können soll Stiftungsvermögen bis 2036 ca. 200 Mrd. Euro betragen.

## **1. Festlegung des Mindestrentenniveaus auf 48 Prozent**

### **a. Rentenpolitik zulasten der Beitragszahler wird konsequent fortgesetzt**

Das Festlegen des Mindestrentenniveaus kann nicht dazu beitragen, das Vertrauen in die Rentenversicherung zu stärken. Auch sollte diese Kennzahl nicht überstrapaziert werden und keinesfalls als Kennziffer für die individuelle Rentenhöhe missverstanden werden. Hierüber entscheidet in erster Linie die individuelle Erwerbsbiografie. Das Rentenniveau zeigt die Relation zwischen einer standardisierten Rente (45 Jahre Beitragszahlung auf Basis eines durchschnittlichen Einkommens) und dem durchschnittlichen Einkommen eines Arbeitnehmers/einer Arbeitnehmerin. Eine Politik, die sich ausschließlich auf dieses abstrakte rechnerische Rentenniveau konzentriert, könnte unrealistische Erwartungen wecken, die sie nicht erfüllen kann, mit dem Effekt, dass Menschen sich in einer scheinbaren Sicherheit wähnen und weniger zusätzliche Vorsorge treffen.

Eine politische Ausrichtung, die sich ausschließlich auf das Rentenniveau konzentriert, vermittelt fälschlicherweise den Eindruck, dass diese Kennzahl darüber entscheidet, ob Renten sinken werden. Auch hierüber sagt die Kenngröße nichts aus. Ein Absinken des Rentenniveaus bedeutet nicht, dass die Renten sinken. Das ist durch die Rentengarantie gesetzlich ausgeschlossen. Wenn das Rentenniveau sinkt, können die Renten weiter steigen, jedoch nicht in gleichem Maße wie die Einkommen.

Nicht nur Rentnerinnen und Rentner sowie die rentennahen Jahrgänge haben Anspruch auf eine verlässliche Rentenpolitik, sondern auch alle gegenwärtigen und zukünftigen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Eine Rentenpolitik zulasten der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler ist allerdings symptomatisch seit 2018. Zu den wesentlichen Reformmaßnahmen seit 2018 gehören die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente, die Einführung des Grundrentenzuschlags und Leistungsverbesserungen bei Kindererziehungszeiten. Zwar wurde auch eine Obergrenze für den Beitragssatz eingeführt (als Teil der sog. Doppelten Haltelinie). Danach darf der Rentenbeitrag bis 2025 die Schwelle von 20 Prozent nicht übersteigen. Allerdings würde der Beitragssatz dies ohnehin nicht tun. Nach geltendem Recht würde der Beitragssatz erst im Jahr 2030 die 20-Prozent-Marke überschreiten, und selbst im Fall einer Festlegung des Mindestrentenniveaus bei 48 Prozent würde der Beitrag erst 2028 die 20-Prozent-Marke erreichen, also deutlich nach 2025. Somit hat das Festlegen des Beitragssatzes keinen entlastenden Effekt für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Nicht nur, dass die Haltelinie beim Beitragssatz die Beitragszahlenden nicht entlastet, durch die gleichzeitig eingeführte Untergrenze von 18,6 Prozent verhindert sie, dass der Beitrag spürbar sinken kann, § 287 Abs. 1 Satz 2 SGB VI. Mit dem aktuellen Reformvorhaben wird mit Ablauf des Jahres 2025 an der Obergrenze nicht mehr festgehalten, die Untergrenze soll hingegen bis 2036 weitergelten. Damit wird ein entlastender Effekt für die Beitragszahlenden gänzlich verhindert. Wenn schon eine Festlegung des Rentenniveaus bei 48 Prozent aus politischer Sicht zwingend ist, hätte zumindest mit Rücksicht auf die jüngeren Generationen auch der Beitragssatz für denselben Zeitraum bei höchstens 20 Prozent festgeschrieben werden müssen.

## b. Folgen einer starren Haltelinie beim Mindestrentenniveau

### (1) Aushebelung des Nachhaltigkeits- und Nachholfaktors

Das bereits heute vorhandene und sich in Zukunft verstärkende demografische Ungleichgewicht zwischen Rentenbeziehenden und Beitragszahlenden zeichnete sich schon vor Jahren ab. Um eine sachgerechte Aufteilung der finanziellen Belastungen zwischen Beitragszahlenden und Rentenbeziehenden zu gewährleisten, wurde von der rot-grünen Koalition 2004 - mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz - der Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt. Dieser sollte den bereits 1999 eingeführten Demografiefaktor ergänzen, da letzterer lediglich die steigende Lebenserwartung berücksichtigte. Der Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtigt neben der Entwicklung der Lebenserwartung auch das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern sowie die Entwicklung der Geburtenrate und der Erwerbstätigkeit in der Rentenformel, § 68 SGB VI. Ferner sollte der Nachhaltigkeitsfaktor eine dämpfende Wirkung auf die Rentenanpassung bis 2030 haben und damit auch zu einer Absenkung des Rentenniveaus führen.

Hintergrund der damaligen Reform waren Prognosen zur Entwicklung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung. Alarmiert durch steigende Beiträge sah die Regierung, die Notwendigkeit zu handeln. Das erklärte Ziel war es sicherzustellen, dass die Beiträge zur Rentenversicherung bis zum Jahr 2020 nicht über 20 Prozent und bis zum Jahr 2030 nicht über 22 Prozent steigen würden. Die damalige Regierung argumentierte, dass nur so sicherzustellen sei, dass die Versicherten trotz angemessener Altersversorgung nicht überfordert würden und einen finanziellen Spielraum für private Vorsorge behalten könnten.<sup>1</sup>

Diesen wichtigen Aspekt scheint der aktuelle Gesetzgeber völlig auszublenden, indem lediglich die Sicherung des Rentenniveaus in den Fokus gerückt wird und keine Maßnahmen ergriffen werden, um die Beiträge langfristig bezahlbar zu halten. Erschwerend kommt hinzu, dass die starre Haltelinie den Nachhaltigkeitsfaktor außer Kraft setzt und auf diese Weise den Anstieg des Beitragssatzes fördert. Nach geltendem Recht kann im Jahr 2045 mit einem Beitragssatz von 21,3 Prozent gerechnet werden, durch die Halteline wird der Beitragssatz im gleichen Jahr bei 22,7 Prozent liegen.

Besonders kritisch wird es, wenn wir erneut in eine Wirtschaftskrise geraten und die Durchschnittsentgelte der Beitragszahler sinken sollten. Denn selbst wenn das Sicherungsniveau unter 48 Prozent zu fallen droht, wird trotz der Wiedereinführung des Nachholfaktors im Jahr 2022 kein Ausgleichsbedarf festgestellt, selbst wenn sich dies aufgrund der Entwicklung der Durchschnittsentgelte ergeben würde. Das bedeutet, dass ausgelassene Minderungen auch dann nicht mehr nachgeholt werden können, wenn die wirtschaftliche Entwicklung wieder zu einem Rentenniveau oberhalb von 48 Prozent führt.<sup>2</sup>

Ob sich in den kommenden Jahren eine Entwicklung wie im ersten Jahr der Corona-Pandemie wiederholt, ist ungewiss. Für diesen Fall bleibt jedoch das Problem bestehen, dass die Kosten, die aus dem Zusammenwirken von Rentengarantie und Niveausicherungsklausel entstehen, dauerhaft von den Beitrags- bzw. Steuerzahlern zu tragen sind. Ziel sollte daher sein, eine nachhaltige und krisenfeste Lösung für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu finden.

### (2) Festes Mindestrentenniveau belastet das System langfristig

Die Festlegung eines spezifischen Mindestrentenniveaus sollte auf einer soliden finanziellen Basis beruhen, um langfristig tragfähig zu sein. Es ist von entscheidender Bedeutung sicherzustellen, dass die Rentenkasse nicht überlastet wird und dass auch zukünftige Generationen von einem angemessenen Rentensystem profitieren können. Aus diesem Grund ist es von großer Bedeutung, das Rentenniveau flexibel zu gestalten, um eine gerechte und

<sup>1</sup> BT-Drucksache 15/2149, S. 17

<sup>2</sup> Jochen Pimpertz, Rentenerhöhung: Haltelinie schlägt Nachholfaktor, IW-Nachricht 01.04.2022

angemessene Versorgung der Rentnerinnen und Rentner zu gewährleisten. Angesichts des demografischen Wandels und der volatilen Wirtschaftslage kann jedoch in Frage gestellt werden, ob das derzeitige Rentenpaket langfristig tragfähig ist.

### (3) Bruch des Generationenvertrages

Die rentenniveauzentrierte Rentenpolitik gefährdet nicht nur die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern greift auch zulasten der Beitragszahler in den Generationenvertrag ein. Dieser Vertrag ist nur dann zukunftsfest gestaltet, wenn er die Interessen aller Beteiligten wahrt. Die Festlegung des Mindestrentenniveaus wirkt sich auf die Verteilung der finanziellen Lasten zwischen den Generationen aus und verursacht zusätzliche Kosten für die Beitragszahlenden, die die Rente zu einem großen Teil finanzieren. Insoweit ist der Wirtschaftsweisen, Monika Schnitzer, zuzustimmen, die den weiteren Anstieg der Renten mit der Lohnentwicklung und die einseitige Belastung der Jüngere deutlich kritisierte.<sup>3</sup> Die Finanzierung der milliardenschweren Reform wird einseitig der jüngeren Generation aufgebürdet. Rentnerinnen und Rentner werden nicht wesentlich belastet, ebenso wenig wie die geburtenstarken Jahrgänge. Zwar müssen diese länger arbeiten, da das Rentenalter allmählich auf 67 Jahre angehoben wird, aber darüber hinaus müssen sie keinen zusätzlichen Beitrag leisten. Der Grundsatz der Generationengerechtigkeit, der noch als Richtschnur bei den Reformmaßnahmen der Jahre 1999, 2001 und 2004 galt, wird nun vollständig aufgegeben. Bereits nach geltendem Recht wird für das Jahr 2045 ein Anstieg des Beitragssatzes in der Rentenversicherung auf 21,3 Prozent erwartet – ein historisches Hoch. Durch die nun beabsichtigte Festschreibung der Haltelinie beim Mindestrentenniveau würde der Beitragssatz sogar auf 22,7 Prozent steigen und wird nur geringfügig, auf 22,3 Prozent, durch das Generationenkapital gesenkt. Wie der Gesetzgeber angesichts dieser Belastung noch von einem „vertretbaren Anstieg“ sprechen kann, ist nicht nachvollziehbar.

#### c. Befristung der Festschreibung zweifelhaft

Die Festlegung des Mindestrentenniveaus ist bis zur Rentenanpassung zum 1. Juli 2039 zeitlich begrenzt. Im Entwurf heißt es zu § 154 Abs. 3 SGB VI-E: „Die Bundesregierung hat den gesetzgebenden Körperschaften geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, wenn in der allgemeinen Rentenversicherung in der mittleren Variante der 15-jährigen Vorausberechnungen des Rentenversicherungsberichts der Beitragssatz bis zum Jahr 2030 22 Prozent überschreitet. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag im Jahr 2035 einen Bericht darüber vorzulegen, ob und welche Maßnahmen erforderlich sind, um das Sicherungsniveau vor Steuern über das Jahr 2039 hinaus bei 48 Prozent konstant zu halten. Bei dieser Überprüfung werden insbesondere die Entwicklung von Beschäftigung und Demografie sowie die Auswirkungen auf den Beitragssatz und den Bundeshaushalt berücksichtigt.“<sup>4</sup>

Gleichzeitig stellt der Gesetzgeber im Entwurf aber fest, dass bereits heute – trotz zahlreicher alternativer Reformvorschläge – eine Untergrenze beim Rentenniveau alternativlos sei. Konkret heißt es: „Die Verlängerung der Geltungsdauer des Mindestsicherungsniveaus von 48 Prozent könnte unterbleiben. Dies hätte aufgrund des geltenden Rechts zur Folge, dass durch die Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel die Rentenanpassungen und damit das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung ab dem Jahr 2026 deutlich geringer ausfallen würden. Im Gegenzug würde die Beitragssatzentwicklung etwas flacher verlaufen, eine Stabilisierung des Leistungsniveaus wäre aber nicht mehr gegeben. Das Vertrauen in das deutsche Alterssicherungssystem würde geschwächt.“<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Wirtschaftsweisen Schnitzer kritisiert Rentenpläne des Bundes, Spiegel vom 11.03.2024

<sup>4</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung, Stand 04.03.2024, S.7f

<sup>5</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung, Stand 04.03.2024, S.2

Der Gesetzgeber stellt fest, dass die Festlegung der Haltelinie zu einem stärkeren Anstieg des Beitragssatzes führt, entscheidet sich jedoch dafür, dies zugunsten der Haltelinie zu ignorieren. Andere Reformvorschläge, wie beispielsweise die von vielen Experten geforderte Anhebung des Renteneintrittsalters, werden erst gar nicht in Betracht gezogen. Somit bleibt fraglich, welche veränderte Situation der Gesetzgeber im Jahr 2040 erwartet. Mit anderen Worten, es ist bereits heute zu erwarten, dass die Haltelinie auch über 2040 fortgeschrieben wird, um das vermeintliche Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu erhalten.

## 2. Generationenkapital

Um dem erwarteten deutlichen Anstieg der Beitragssätze zur Rentenversicherung entgegenzuwirken, plant der Referentenentwurf einen Paradigmenwechsel in der Finanzierung der Rentenversicherung. Hierzu soll die Stiftung „Generationenkapital“ errichtet und damit der Einstieg in eine teilweise „Kapitaldeckung“ der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung vollzogen werden. Bis zum Jahr 2028 fließen insgesamt Eigenmittel in Höhe von 15 Mrd. Euro an das „Generationenkapital“. Ab dem Jahr 2024 sollen dem „Generationenkapital“ zusätzlich 12 Mrd. Euro in Form von Darlehen zugeführt werden, dieser Betrag wird in den Folgejahren jährlich um 3 Prozent erhöht. Insgesamt soll der Kapitalstock im Jahr 2036 ein Volumen von 200 Mrd. Euro umfassen. Ab 2036 werden jährliche Netto-Erträge von zehn Milliarden Euro aus dem „Generationenkapital“ erwartet. Diese sollen der gesetzlichen Rentenversicherung zugeführt werden und zu ihrer finanziellen Stabilität beitragen. Die tatsächliche Höhe des Finanzierungsbeitrages wird vom Anlagevolumen, dem Anlagezeitraum, der zukünftigen Entwicklung des Finanzmarktes, den Kosten der Stiftung und den Refinanzierungskosten der Bundesanleihen abhängen. Innerhalb des „Generationenkapitals“ wird ein Sicherheitspuffer eingerichtet, der verhindern soll, dass Entnahmen bei vorübergehenden Ertragsschwankungen zum übermäßigen Verzehr des Stiftungsvermögens führen. Der Sicherheitspuffer soll den Substanzerhalt bzw. die Rückzahlbarkeit von Darlehen des Bundes gewährleisten.

Das „Generationenkapital“ ist ein wichtiger Ansatz und zumindest ein Versuch, um die Herausforderungen des demografischen Wandels und die Sicherung der Altersvorsorge zu bewältigen. Die Idee, die Umlagefinanzierung durch die Erschließung von Kapitalmärkten zu entlasten, ist grundsätzlich ein richtiger Weg, der sich bereits in vielen europäischen Ländern bewährt hat. Die Zweckbindung des „Generationenkapitals“ wird durch die Wahl der Rechtsform einer Stiftung sichergestellt.

Fraglich bleibt jedoch, ob die jährliche Summe von 10 Mrd. Euro tatsächlich ausreicht, um das Umlagesystem spürbar zu entlasten. Im Jahr 2035 und damit ein Jahr vor Zufluss der 10 Mrd. Euro in das Rentensystem werden die Ausgaben der Rentenversicherung 595,1 Mrd. Euro betragen<sup>6</sup>, was bedeutet, dass 10 Mrd. Euro lediglich den Ausgaben von etwa sieben Tagen entsprechen. Daher ist es wenig überraschend, dass der Dämpfungseffekt auf den Anstieg des Beitragssatzes gering ausfällt. Ohne das „Generationenkapital“ wird für das Jahr 2040 ein Beitragssatz von 22,6 Prozent erwartet, während mit der Entlastung durch die zusätzlichen Mittel ein Satz von 22,3 Prozent erreicht wird, was einem Entlastungseffekt von 0,3 Prozent entspricht.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Deutsche Rentenversicherung, Rentenatlas 2023, S. 6

<sup>7</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung, Stand 04.03.2024, S.3



	2024	2025	2026	2027	2028	2030	2035	2040	2045
(1) geltendes Recht									
Beitragssatz in %	18,6	18,6	18,6	18,6	19,7	20,2	21,2	21,3	21,3
Sicherungsniveau in %	48,0	48,0	48,0	47,8	48,0	46,9	45,3	44,9	44,9
Rentenausgaben in Mrd. Euro	372,4	392,9	412,3	433,8	453,6	482,0	566,9	653,6	754,7
(2) mit Maßnahmen ohne Generationenkapital									
Beitragssatz in %	18,6	18,6	18,6	18,6	20,0	20,6	22,3	22,6	22,7
Sicherungsniveau in %	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Rentenausgaben in Mrd. Euro	372,4	392,9	412,3	434,6	453,9	491,1	595,1	693,2	799,7
(3) mit Maßnahmen mit Generationenkapital									
Beitragssatz in %	18,6	18,6	18,6	18,6	20,0	20,6	22,3	22,3	22,3
Sicherungsniveau in %	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Rentenausgaben in Mrd. Euro	372,4	392,9	412,3	434,6	453,9	491,1	595,1	694,5	802,0

\* Ergebnisse zur besseren Übersichtlichkeit auf eine Nachkommastelle gerundet, hierdurch ggf. Abweichungen bei Summen

### 3. Notwendige Maßnahmen: Mehr Beschäftigungsanreize, weniger Frühverrentungsanreize

Anstatt teure Maßnahmen zu zementieren, die nur einigen wenigen helfen, sollten stattdessen Maßnahmen ergriffen werden, die dazu geeignet sind, das System für alle Beteiligten zukunftsfest zu machen. Dringende rentenpolitische Ziele sollten daher sein: Die Abschaffung von Frühverrentungsanreizen und die Erhöhung von Beschäftigungsanreizen.

#### a. Abschaffung von Frühverrentungsanreizen: Rente mit 63 abschaffen, Renteneintrittsalter an Lebenserwartung koppeln, Höhe der Rentenabschläge prüfen

Die Einführung der sog. Rente mit 63 war ein Fehler. Die Anzahl der Rentenanträge für besonders langjährig Versicherte steigt jährlich.<sup>8</sup> Mit Stand 31.07.2022 wurde nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung fast die Zwei-Millionen-Marke erreicht.<sup>9</sup> Die abschlagsfreie Rente ab 63 wurde 2014 eingeführt. Im Gesetzesentwurf ging der Gesetzgeber noch von 200 000 bis 240 000 Anträgen pro Jahr aus. Im Jahr 2021 haben etwa 268 957 Neurentner den abschlagsfreien Weg genutzt. Das waren 26,3 Prozent aller neuen Renten. Die Rente ab 63 stellt nicht nur eine Belastung für das Rentensystem dar, sondern auch für den Arbeitsmarkt. Sie bietet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Anreiz, frühzeitig in den Ruhestand zu gehen, wodurch der Wirtschaft dringend benötigte Fachkräfte entzogen werden.

Um das Verhältnis von Arbeitsjahren und Rentenbezugsjahren in etwa konstant zu halten, sollte die Anhebung des Rentenzugangsalters klares rentenpolitisches Ziel sein. Hier kann entweder dem Wissenschaftlichen Beirat beim BMWi gefolgt werden, der ein Festhalten an der Verteilung der Arbeitszeit zur Rentenbezugszeit in einem Verhältnis von 2:1 vorschlägt und fordert, dass bei einem Anstieg der Lebenserwartung um ein Jahr die Erwerbsphase um acht Monate und die Rentenbezugszeit um vier weitere Monate verlängert wird.<sup>10</sup> Wahlweise kann auch dem Vorschlag der BDA-Sozialstaatskommission gefolgt werden, die die Einführung einer gesetzlichen Regel empfiehlt, wonach die Regelaltersgrenze bei steigender Lebenserwartung jeweils um drei Viertel (3:1) der zusätzlich erwarteten Lebenszeit erhöht wird. Konkret würde dies eine Anhebung des Renteneintrittsalters um neun Monate pro Jahr

<sup>8</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/arbeit-und-soziales/rund-um-die-rente/rente-mit-63-2195784>

<sup>9</sup> Deutsche Rentenversicherung, RVaktuell 5/2022, <https://rvaktuell.de/05-2022/fast-zwei-millionen-menschen-beziehen-abschlagsfreie-rente-ab-63/> (zuletzt abgerufen am 22.3.2024)

<sup>10</sup> Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, BMWi (Hrsg.), Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, Berlin 2021, S. 53

zusätzlicher Lebenserwartung bedeuten. Die durchschnittliche Rentenbezugsdauer würde sich auch bei diesem Vorschlag trotzdem weiter verlängern.<sup>11</sup>

Schließlich kann bezweifelt werden, ob die jetzigen Abschlüsse bei einem frühzeitigen Renteneintritt angemessen sind. Daher bedarf es einer transparenten und kritischen Auseinandersetzung mit diesem Thema.<sup>12</sup>

#### **b. Arbeitsanreize schaffen; Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz auf 40 Prozent begrenzen**

Die Quote der Beschäftigten ist zwar seit Jahren stabil, allerdings ist das kein Selbstverständnis. Ebenso wie sich der Glaubenssatz, dass Menschen immer Kinder bekommen werden, als falsch herausgestellt hat, ist auch eine hohe Beschäftigungsquote kein vermeintliches Naturgesetz, insbesondere nicht im demografischen Wandel.

Die Menschen in Deutschland haben 2023 so wenig gearbeitet wie seit 2020 nicht mehr. Der höchste Krankenstand, die wenigsten Überstunden, die meiste Teilzeit. Nach Angaben des IAB arbeiteten die Erwerbstätigen demnach durchschnittlich 1342 Stunden im Jahr 2023 in Deutschland, 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr und 2,2 Prozent weniger als vor der Pandemie. Mit durchschnittlich 15,2 Arbeitstagen waren die Beschäftigten nach IAB-Angaben im vergangenen Jahr so lange krankgeschrieben wie noch nie seit 1991, eine Steigerung von gut sechs Prozent im Vergleich zu dem bereits hohen Niveau 2022. Die Zahl der Überstunden sank 2023, während sich die Teilzeitquote im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 39 Prozent erhöhte. Dabei stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit 1,6 Prozent stärker als die der Vollzeitbeschäftigten mit 0,4 Prozent.<sup>13</sup>

Bedauerlicherweise wurde es in den letzten Jahren versäumt effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt abzufedern. Ob das kürzlich verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz die erhoffte Wirkung entfalten wird, bleibt derzeit unklar. Ebenso unklar ist, ob die Aufhebung der Hinzuverdienstgrenze bei Rentenbeziehern dazu führen wird, dass die sog. Silver Worker wieder aktiv werden, oder ob es eher dazu führen wird, dass Menschen ihre Arbeitszeit reduzieren und vorzeitig in Rente gehen.

Rentenpolitische Maßnahmen sollten daher dringend von Maßnahmen flankiert werden, die darauf abzielen, ungenutzte Erwerbspotenziale zu heben und die Arbeitnehmer vor übermäßigen Finanzierungslasten in der Sozialversicherung zu schützen. Aus diesem Grund ist es erforderlich, das System der sozialen Sicherung zukunftsfest zu reformieren und den Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz auf 40 Prozent zu begrenzen. In den 2030er Jahren wird nicht nur der Beitrag zur Rentenversicherung deutlich steigen. Wenn die sog. Babyboomer 70 Jahre und älter werden, wird auch der Druck auf die Pflege- und Krankenversicherung erheblich zunehmen. Stabile und maßvolle Lohnnebenkosten sind ein unverzichtbarer Faktor bei der Planungssicherheit unserer Arbeitswelt. Sie schützen die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer, ermöglichen zusätzliche Vorsorgemaßnahmen gegen Lebensrisiken und sichern den Zusammenhalt zwischen Beitragszahlern und Leistungsbeziehern. Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Standortfaktor, denn hohe Lohnnebenkosten könnten sich nicht nur negativ auf das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen auswirken, sondern auch den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland dämpfen und die demografische Entwicklung zusätzlich belasten. Im Januar 2023 hat der Gesamtsozial-

<sup>11</sup> Bericht der BDA-Kommission „Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen“ vom 29.7.2020, S. 36

<sup>12</sup> Pimpertz, Versicherungsmathematisch faire Abschlüsse bei vorgezogenem Rentenbezug – eine systematische Betrachtung der Budget-, Belastungs- und Anreizneutralität, IW Trends 4/2022, Köln 2022

<sup>13</sup> Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 05.03.2024 m.w.N. <https://iab.de/presseinfo/jahresbilanz-2023-noch-nie-ausser-im-corona-jahr-2020-war-die-arbeitszeit-so-niedrig/> (zuletzt abgerufen am 22.3.2024)

versicherungsbeitragssatz mit 40,45 Prozent erstmals seit 2012 die 40-Prozent-Schwelle überschritten. Im Juli 2023 und Januar 2024 stieg der Beitragssatz schrittweise weiter an und erreicht nun bei kinderlosen Arbeitnehmern 41,5 Prozent. Ohne Reformen wird dieser Trend anhalten und der Beitragssatz könnte bis 2050 sogar bei über 50 Prozent liegen.<sup>14</sup> Daher hat die Rentenkommission - die auf Vorschlag des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, eingesetzt wurde - in ihrem Abschlussbericht „Verlässlicher Generationenvertrag“ vom 27. März 2020 zurecht festgestellt: *„Der Rentenversicherungsbeitrag und der Zuschuss aus Bundesmitteln müssen immer im Gesamtzusammenhang mit den anderen Sozialversicherungen betrachtet und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden.“*<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Fetzer/ Hagist: Mehr Nachhaltigkeit wagen – Die Tragfähigkeit der Sozialversicherung in Deutschland, Berlin 2024

<sup>15</sup> Kommission Verlässlicher Generationenvertrag (Hrsg.), Bericht „Verlässlicher Generationenvertrag“ vom 27. März 2020, Band 1 S. 14